

„Pankow bleibt offen, keine Angst vor dem Fremden“

Veranstaltungsreihe der Pankower Stadtteilzentren und outreach

Artikel von **Harald Ritter**, Journalist

Diskussion zur Moschee in Heinersdorf

Auftaktveranstaltung am 31. Januar 2007 im Frei-Zeit-Haus Weißensee

Eine Diskussionsrunde mit Vertretern der Ahmadiyya-Gemeinde im Frei-Zeit-Haus Weißensee (FZH) am 31. Januar war der Auftakt einer Staffel von Veranstaltungen in der ersten Hälfte dieses Jahres zu Problemen der Integration im Bezirk Pankow. Die Veranstaltungsreihe hat den Titel „Keine Angst vor dem Fremden – Pankow bleibt offen!“ und wird im Rahmen einer Kampagne des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPW) Berlin durchgeführt.

Diese Kampagne trägt den Titel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar - Wir sagen NEIN zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Neben dem FZH Weißensee sind die beiden anderen Ortsteilzentren des Großbezirks beteiligt, das „Amtshaus Buchholz“ und das Nachbarschaftshaus von „Pfefferwerk“ am Teutoburger Platz in Prenzlauer Berg.

Die Auftaktveranstaltung stand im Zeichen der anhaltenden Auseinandersetzungen um den Bau der Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde im Pankower Ortsteil Heinersdorf. Dort ist nach wie vor ein großer Teil der Einwohner prinzipiell gegen den Bau eines islamischen Gotteshauses. Die Arbeit einer entsprechenden Bürgerinitiative wird als Plattform für zahlreiche Aktivitäten von rechtsradikalen Gruppierungen genutzt, aber auch von der Pankower CDU unterstützt. Das Pankower Bezirksamt hält an seiner Entscheidung fest, den Moschee-Bau zu genehmigen und findet inzwischen Unterstützung für seine Haltung bei einer Reihe von Heinersdorfern, die sich zu der Initiative „Heinersdorf öffne dich“ zusammengeschlossen haben.

Neben Vertretern der Ahmadiyya-Gemeinde und dieser Heinersdorfer Initiative waren zu der Veranstaltung insbesondere zahlreiche Anwohner aus der Pankower Region Weißensee geladen, die aktiv an der Kiezarbeit im Frei-Zeit-Haus teilnehmen. Heinersdorf war bis zur Bezirksfusion Ortsteil des Berliner Bezirkes Weißensee und grenzt an das engere Einzugsgebiet des FZH. Darauf spielte Christoph Lewek vom FZH Weißensee an, als er die Veranstaltung eröffnete. „Zu einer guten Nachbarschaft gehört, dass man einander kennt“, sagte er. Dem Austausch von Informationen übereinander und miteinander solle das Treffen zunächst dienen.

Den größten Teil der Diskussion nahmen Informationen über den Islam, die Ahmadiyya-Gemeinde und ihrer Haltung zu Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft ein. Die Ahmadiyya-Gemeinde, so Imam Abdul Basit Tariq, ist eine von zahlreichen Glaubensrichtungen des Islam. Ihr Ursprung und ihr Schwerpunkt liegt nach wie in Pakistan. Gemeinden existieren aber inzwischen in 18 Staaten. In Deutschland hat die Ahmadiyya-Gemeinde etwa 30.000 Anhänger, ungefähr 200 leben in Berlin. Die überwiegende Zahl ihrer Mitglieder sind ursprünglich Emigranten, denn Ahmadiyyah wird in Staaten mit strenger, militanter Auslegung des Korans, wie auch Pakistan, verfolgt.

Zur Beantwortung von Fragen der Weißenseer waren zu der Diskussion neben dem Imam auch etwa ein halbes Dutzend Berliner Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde erschienen, die Hälfte davon Frauen. Klar Stellung bezogen wurde von den Muslimen zu solchen grundlegenden Fragen wie dem Friedensgebot, das sowohl im Islam wie im Christentum eine zentrale Rolle spielt, der Ablehnung des gewaltsamen Dschihad, des Glaubenskrie-

ges. Das betraf auch die Toleranz gegenüber anderen Religionen, einschließlich gegenüber dem Judentum und nicht-religiösen Weltvorstellungen.

Für das andersartige Verständnis der Rolle der Frau, in bezug auf Kleiderordnung und sonstige andersartige Verhaltensweisen im Alltag wurde bei den Nicht-Muslimen um Verständnis geworben. Besonders die Frauen von der Ahmadiyya-Gemeinde demonstrierten selbstbewusst, dass sie sich durch die Glaubensvorschriften des Islam in ihrer Gemeinde nicht unterdrückt fühlten. Die Moschee in Heinersdorf und das damit verbundene Gemeindezentrum werden namentlich mit Spenden der Frauen der Gemeinde gebaut. Beide würden ihnen eine bessere Gelegenheit als bisher geben, am Gemeindeleben teilzunehmen.

Ausgeräumt werden konnten auf Anfrage eine Reihe von Gerüchten, die, offensichtlich ausgehend von Heinersdorf, seit einiger Zeit die Runde machen. So wurde klargestellt, dass vom zur Moschee gehörigen, zwölf Meter hohen Minarett nicht, wie in islamischen Ländern üblich, zum Gebet gerufen werde. Es wird gar nicht zugänglich sein. Auch ist kein Massenandrang von Gläubigen und deren Autos zu erwarten. Zur Gemeindearbeit werden täglich lediglich zwischen 10 und 15 Mitglieder erwartet, zu den Gebeten an den Freitagen 100 bis 120. Dafür stelle die Gemeinde auf ihrem Grundstück eigene Parkplätze zur Verfügung. Ansiedeln in Heinersdorf wollen sich nur der Imam und der Hausmeister der Moschee mit seiner Familie.

Übereinstimmung herrschte außerdem, daß Heinersdorf keine besondere Brutstätte des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit sei. Imam Tariq: „Wir werden nirgendwo mit offenen Armen empfangen.“ Sophie Alex von der Initiative „Heinersdorf öffne dich“: „Es gibt auch andere Heinersdorfer.“

Den Schlusspunkt setzten Angebote, das gegenseitige Kennen lernen weiter zu vertiefen. Christoph Lewek: „Informieren Sie sich über die Freizeitangebote auch in unserem Haus.“ Abdul Basit Tariq: „Bei uns sind Nicht-Muslime jederzeit willkommen.“

„Frauen in der rechten Szene“

Veranstaltung am 14. März 2007 im Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz

Mit der anderen, der weiblichen Seite des Rechtsradikalismus setzte sich am Mittwoch, dem 14. März, eine weitere Veranstaltung der Reihe „Keine Angst vor dem Fremden – Pankow bleibt offen!“ auseinander. Unter dem Titel „Frauen in der rechten Szene – die sanfte Seite des Rechtsextremismus“ wurden im Nachbarschaftszentrum am Teutoburger Platz, Prenzlauer Berg, aktuelle Strukturen und Strategien des Rechtsextremismus vorgestellt und diskutiert. Grundlage hierfür waren die Forschungen von Dr. Esther Lehnert.

Der Abend war die zweite Veranstaltung der Reihe, die von den drei Stadtteilzentren im Bezirk und dem Pankower Outreach-Team angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen um den Bau der Moschee in Heinersdorf ins Leben gerufen wurde. Neben dem Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz, dem Frei-Zeit-Haus Weißensee und dem Amtshaus Buchholz beteiligt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin im Rahmen seiner Initiative „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ an dem Projekt. Veranstaltungsreihe. Unter diesem Titel ist gegenwärtig auch eine Ausstellung im Nachbarschaftshaus Teutoburger Platz zu sehen.

Ausgangspunkt der Darstellung war eine Definition des Rechtsextremismus, die sich mit dem gängigen Rechts-Links-Schema auseinander setzte. Diese, wie auch vom Verfassungsschutz verwendet, ordnet radikale Tendenzen formal an den Rändern der Gesellschaft ein und verzichtet weitgehend auf inhaltliche Festlegungen. Esther Lehnert machte dagegen Rechtsextremismus an Gesichtspunkten wie Ungleichheit der Menschen, Beto-

nung des Völkischen, Gemeinschaft vor Individuum und die Akzeptanz bzw. Selbstausbildung von Gewalt inhaltlich fest. „Rechtsradikalismus“, fasste sie zusammen, „ist kein Randphänomen, sondern kommt aus der Mitte der Gesellschaft.“

Davon ausgehend ließe sich auch die neue Rolle der Frauen in rechtsextremen Organisationen und deren Umfeld besser verstehen. Auch die Rechtsradikalen in Deutschland, in ihrer Mehrheit eindeutig mit einem konservativen Frauenbild ausgestattet, hätten erkannt, dass politisch die Frauen ein riesiges Potential ausmachen, sowohl in der Wählerschaft als auch bei der Umsetzung politischer Aktivitäten. Dem würde man in der Gesellschaft bislang nicht immer gerecht, Rechtsradikalismus würde immer noch vorwiegend als „männliches Phänomen“ wahrgenommen. Selbst von der Polizei würde die Beteiligung von Frauen bei der Verübung rechtsextremer Straftaten immer noch oft „übersehen“.

Dabei sei die Beteiligung von Frauen an rechtsextremistischen Aktivitäten und Organisationen relativ hoch. Der Anteil von Frauen unter den Mitgliedern der rechtsextremen Parteien liegt zwischen 7 und 20 Prozent, bei den Funktionären um die 20 Prozent, unter ihren Wählern macht der Anteil von Frauen etwa 33 Prozent aus und rechtsradikale Einstellungen seien mit 50 Prozent in der Bevölkerung ungefähr so stark wie bei den Männern vertreten. Im Anteil der Frauen am Organisationsgrad unterscheiden sich die rechtsextremen kaum von den anderen Parteien.

Auch bei der Verteilung in den Strukturen seien Frauen bei den Rechtsextremen überall präsent. Sie sind Mitläuferinnen und Betreiber von Infrastrukturen, betreiben rechten Szene-Cafés und vertreiben CDs oder einschlägige Bekleidung und Accessoires, sie sind Abgeordnete in Kommunen und Länderparlamenten. Rechtsextreme Frauenorganisationen haben sich den Aufbau von Netzwerken unter Frauen und deren Vorbereitung für politische Funktionen und Ämter zur Hauptaufgabe gemacht.

Bei der Rekrutierung von Frauen für die rechtsextreme Szene spielen, ähnlich wie bei den Männern, Aspekte der Familienbiographie und sonstigen Sozialisation eine tragende Rolle. Die Einbindung erfolgt nach dem Schema: Signale nach außen – offensives Vertreten rechtsradikaler Ideologie – Rückzug ins Milieu. Für die Präventionsarbeit heißt das unter anderem: möglichst früh ansetzen, das Verständnis der Wirkungsmechanismen vertiefen, fallspezifische Angebote machen.

Bei der Diskussion wurde deutlich, das Thema Rechtsextremismus und Frauen ist für viele immer noch Neuland. Gerade durch das vermehrte Auftreten von rechtsextrem eingestellter Frauen in der Öffentlichkeit werden die gesellschaftlichen Akteure vor neue Probleme gestellt. Rechtsradikale Einstellungen und deren Umsetzungsstrategien sind nicht mehr so leicht zu erkennen wie bei den extrem autoritär und oft gewaltbereit auftretenden „Machos“ der Szene. Rechtsextrem eingestellte Frauen treten oft geschickter, gewinnender auf und knüpfen leichter an in breiten Bevölkerungsschichten vorhandene und teils sogar in gewisser Weise legitime Bedürfnisse an, wenn es beispielsweise um Kindererziehung, Angst vor Kriminalität oder familiäre Verantwortung geht. Fazit: Es muß noch genauer hingesehen und schärfer hingehört werden.

Moscheen in Berlin

Veranstaltung am 28. März im Frei-Zeit-Haus Weißensee

Unter dem Titel „Moscheen in Berlin“ wurde mit einem weiterem Diskussionsabend die Reihe „Keine Angst vor dem Fremden – Pankow bleibt offen!“ am Mittwoch, dem 28. März, im Frei-Zeit-Haus Weißensee fortgeführt. Eingeführt in die Debatte wurde durch Günter Piening, Migrationsbeauftragter des Berliner Senates. Die Moderation hatte Stefan Liebich, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Die Veranstaltungsreihe wurde von den drei Stadtteilzentren im Bezirk und dem Pankower Outreach-Team angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen um den Bau der Moschee in Heinersdorf ins Leben gerufen. Der Termin dieser Veranstaltung war wenige Tage nach dem Brand auf dem Bauplatz für die Moschee. Neben dem Frei-Zeit-Haus Weißensee, dem Stadtteilzentrum am Teutoburger Platz und dem Amtshaus Buchholz beteiligt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin im Rahmen seiner Initiative „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ an den Veranstaltungen.

Zu Beginn dieses Abends stellte Günter Piening den Band „Islamisches Gemeindeleben in Berlin“ vor. Dieser ist Ende vergangenen Jahres aus einer vom Berliner Migrationsbeauftragten in Auftrag gegebenen Studie hervorgegangen. Sie schuf einen ersten und bislang einzigartigen Überblick über den Facettenreichtum islamischen Lebens in Berlin. Hierzu wurden die inzwischen etwa 80 Moscheen in Berlin besucht und Moslems befragt, die sie als religiöse Stätten nutzen. Die Studie, so Günter Piening, bestätigte die zunehmende Pluralität islamischen Lebens, das sich zudem immer stärker nach außen öffne.

Dieser Gedanke begleitete auch sein Plädoyer für den Bau islamischer Gotteshäuser im allgemeinen und für den Bau der Moschee der Aymadiyya-Gemeinde in Heinersdorf insbesondere. Der Zuzug von Angehörigen anderer, so der Migrationsbeauftragte des Senats, insbesondere islamischer Glaubensgemeinschaften nach Europa, nach Deutschland, nach Berlin ist ein Fakt. In Berlin leben inzwischen Menschen, die etwa 400 Glaubensrichtungen angehören. Den größten Teil der Migrantinnen bilden Menschen islamischen Glaubens. Berlin hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten bereits durch diese Menschen nachhaltig verändert. Nur gemeinsam mit diesen Menschen können die Deutschen, die seit mehreren Generationen oder länger in Berlin leben, die Zukunft der Stadt gestalten.

Eine Besonderheit dieses Abends war, dass an der Diskussion zum ersten Mal eine vergleichsweise große Gruppe von Menschen anwesend war, die sich leicht der Heinersdorfer Initiative gegen den Moscheebau zuordnen ließ. Von dieser Seite wurde laut Zweifel an der Integrierbarkeit des Islam in die demokratische Kultur Europas geäußert und namentlich das Verhältnis, die Möglichkeit eines friedlichen Umgangs des Islam mit anderen Religionen, namentlich dem Judentum in Frage gestellt. Diese Zweifel wurden unter Verweis auf Äußerungen des Religionsgründers auch auf die Ahmadyyya-Gemeinde ausgeweitet. Im selben Atemzuge wurde nochmals auf die Tatsache verwiesen, dass in Heinersdorf bislang keine Muslime wohnen. Gleichzeitig wurde an den „Moscheebauentwicklungsplan“ des ehemaligen Berliner Stadtentwicklungssenators Peter Strieder erinnert, der den Neubau von Moscheen vor allem in den Berliner Vierteln befördern sollte, wo überwiegend Moslems leben.

Günter Piening betonte, dass es entsprechende Überlegungen wohl vor einigen Jahren gegeben habe, diese hätten aber niemals eine ernsthafte Rolle bei der Gestaltung der Politik gespielt hätten. Solche Überlegungen seien zudem gerade für Gemeinschaften wie die Ahmadyyya-Gemeinde fehl am Platze, deren Mitglieder weit verstreut in der Stadt lebten. Stefan Liebich, für die PDS im Abgeordnetenhaus, bekräftigte, dass ein „Moscheebauentwicklungsplan“ in dem beschriebenen Sinne niemals eine Mehrheit im amtierenden Senat finden würde. Es sei in seinen Augen grundlegend falsch, die Berliner Stadtteile nach der „Weltanschauungszugehörigkeit“ ihrer Bewohner zu „sortieren“. Das würde den Grundlagen des Rechts in Deutschland widersprechen und auch dem Grundgedanken der Integration.

Auch die bisherigen Auseinandersetzungen in Heinersdorf spielten an diesem Abend eine Rolle. So erinnerte ein Sympathisant aus den Reihen der Gegner des Moscheebaus an einen Katalog von 150 Fragen, der dem Imam der Aymadiyya-Gemeinde zu den Grundlagen und dem Charakter seiner Glaubensgemeinschaft überreicht worden waren und bislang nicht beantwortet sei. Stefan Liebich versprach, in dieser Sache „nachzufragen“. Gegner des Moscheebaus kritisierten einen Auftritt von Antifa-Gruppen, bei dem ihre

„Pankow bleibt offen, keine Angst vor Fremden“
Veranstaltungsreihe der Pankower Stadtteilzentren und outrach
Artikel von Harald Ritter

Namen öffentlich verlesen worden waren. Stefan Liebich distanzierte sich von den Methoden der Antifa-Gruppen, die oft der „Sache wenig dienlich“ seien.

Bei dem größeren Teil der Anwesenden jedoch traf Günter Piening mit seinem Appell Zusage, auf die Menschen muslimischen Glaubens zuzugehen und auf ihre Gesprächsangebote einzugehen. „Der Kampf gegen die Moschee in Heinersdorf, gegen jeden Moscheebau, ist Wasser auf die Mühlen der islamischen Extremisten“.